XXII. GP.-NR
1327/J
2004 -01- 21

ANFRAGE

der Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Tschirganttunnel im Zuge der alpenquerenden Transitstrecke Ulm-Mailand

Am 11.1.2004 fand in der Tiroler Gemeinde Haiming eine Volksbefragung über das Projekt Tschirganttunnel statt. Bei diesem Projekt handelt es sich nach Ansicht der Initianten der Befragung um ein Teilstück zum Ausbau der über den Fernpaß führenden Straße zu einem Teil der Transitstrecke Ulm-Mailand. Diese Einschätzung wird von zahlreichen Inhalten der rund um das Projekt erstellten Studien gestützt.

Die Teilnehmer an der Volksbefragung sprachen sich mit überwältigender Mehrheit von 84% gegen das Projekt aus. Der Bürgermeister hat in Abstimmung mit den Gemeinderäten bereits im voraus festgehalten, dass das Ergebnis für ihn politisch bindend sei und hat trotz massiven Drucks seitens LH van Staa und drängend positiver Aussagen aus dem BMVIT daran festgehalten. Eine wesentliche Anrainergemeinde des Projekts Tschirganttunnel ist somit absehbar gegen die Realisierung.

Nach einem entsprechenden Ergebnis in Lermoos vor rund eineinhalb Jahren ist dies ein weiteres klares Zeichen, dass eine Transitschneise für die Strecke Ulm-Mailand nur gegen breite Kreise der ansässigen und betroffenen Bevölkerung durchsetzbar wäre. Ein solches Transit-Projekt wird zwar von Institutionen wie der Union Europäischer Industrie- und Handelskammern unter Federführung von Christoph Leitl/ÖVP und auch vom Tiroler Landeshauptmann verfochten. Es stünde aber in eklatantem Gegensatz zu Anti-Transit-Bemühungen Österreichs in Brüssel und gegenüber den Nachbarländern und wäre auch aus dem Blickwinkel einiger Verpflichtungen aus der Alpenkonvention äußerst fragwürdig.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie werden Sie dem Ergebnis der Volksbefragung zum Tschirganttunnel in Haiming Rechnung tragen?
2. Werden Sie weiterhin und auch gegen den Willen von Anrainergemeinden und gegen den Willen breiter Kreise der ansässigen und betroffenen Bevölkerung an der Realisierung dieses Projektes festhalten, wenn ja warum?

3. Halten Sie die Errichtung von verkehrsvermehrenden Transitstraßen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung für geeignet, Österreichs Glaubwürdigkeit beim dringendst erforderlichen Einsatz für eine verantwortungsvollere Verkehrspolitik in Brüssel und bei den Nachbarn zu stärken?
4. Werden Sie weiterhin der auch im Zusammenhang mit dem Tschirganttunnel und weiteren Transitstraßenprojekten ergangenen Aufforderung der „Union Europäischer Industrie- und Handelskammern" folgen, „die Planung und Realisierung von Projekten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wirkungsvoll zu unterstützen, und sich insbesondere auch gegenüber der Bevölkerung für diese Projekte mit Nachdruck einzusetzen"?
5. Was haben Sie unternommen, um den Vorsitzenden der Union Europäischer Industrie- und Handelskammern, Dr. Christoph Leitl, davon zu überzeugen, dass die von seiner Institution vorgetragenen umfassenden Forderungen nach dem Bau zahlreicher weiterer Transitstraßen im sensiblen Alpenraum im Gegensatz zu den Erfordernissen Österreichs und im Gegensatz zur – zumindest verbal vertretenen – Linie der FPÖ-ÖVP-Regierung in der Transitfrage steht?